

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 32/004/2020

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 04.06.2020

Zu Punkt 5: Corona-Virus-Krisenmanagement im Kreis Mettmann - Auswirkungen in den Ämtern des Dezernats III

Herr Hanheide berichtet über die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Aufgrund der Entwicklung der Lage im Februar 2020 sei schnell klar gewesen, dass der Krisenstab aktiviert werden musste. Auch bei den kreisangehörigen Städten seien die Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse relativ schnell aktiviert worden, so dass innerhalb dieser Strukturen rund um die Uhr mit den kreisangehörigen Städten kommuniziert werden könne. Der Krisenstab berichte regelmäßig an den Krisenstab des Landes, der wiederum mit dem Krisenstab des Bundes im Austausch stehe.

Inzwischen werde sowohl das soziale Leben als auch die Verwaltung langsam wieder hochgefahren. Mit der Krisenbewältigung seien jetzt überwiegend das Gesundheitsamt und der Bereich Bevölkerungsschutz beschäftigt. Der Krisenstab überwache und bewerte dabei die Lage.

Momentan habe sich die Lage stabilisiert. Aufgrund der hohen Altersstruktur sei die Zahl der Toten im Kreis Mettmann verhältnismäßig hoch.

Während des Höhepunktes der Infektionszahlen habe der Kreis Mettmann ein Bürgertelefon eingerichtet. Aufgrund der inzwischen rückläufigen Anruhzahlen sei das dort eingesetzte Personal wieder reduziert worden.

In Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung seien zur Entlastung der Hausarztpraxen Probenahmestellen eingerichtet worden.

Inzwischen verfüge der Kreis Mettmann über einen umfangreichen Bestand an Schutzmaterialien, die an Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes, des Rettungsdienstes oder an Pflegeeinrichtungen verteilt werden können, sofern dort ein Bedarf bestehe.

Auch seien Vorüberlegungen zur Einrichtung eines Behelfskrankenhauses getroffen worden. Zwischenzeitlich hätten die Krankenhäuser jedoch signalisiert, dass ausreichend Kapazitäten vorhanden seien. Ebenso sei die Einrichtung eines Bedarfspflegeheims diskutiert worden.

Die Verwaltung sei zum Schutz der Mitarbeiter und der Kunden geschlossen worden. Aktuell werde jedoch für Terminkunden wieder geöffnet.

In einer Schwerpunktaktion sei nach den Schlachtbetrieben auch eine Überprüfung der Fleischzerlegebetriebe erforderlich gewesen. Daher seien alle Mitarbeiter eines großen Zerlegebetriebes im Kreis Mettmann getestet worden. Lediglich das Ergebnis eines Mitarbeiters sei positiv gewesen.

Zudem sei es aufgrund der ständigen gesetzlichen Anpassungen schwierig, die Vielzahl der durch das Land erlassenen Regelungen zu überblicken. Dies gelte insbesondere für die örtlichen Ordnungsbehörden, da diese für den Vollzug vorrangig zuständig seien.

Dem Kreis Mettmann seien durch die Beschaffung von Bedarfsmaterialien und die Deckung weiterer Kosten im Rahmen der Corona-Pandemie bisher zusätzliche Aufwendungen von rund zwei Millionen Euro entstanden.

Zur Bewältigung der Krise seien sehr viele Mitarbeitende aus verschiedenen Bereichen des Hauses eingebunden worden, die mit viel Einsatz und auf einem hohen Niveau gearbeitet hätten. Dadurch seien jedoch in den Fachämtern Rückstände entstanden, die nun abgearbeitet werden müssen.

Im Rechts- und Ordnungsamt sei insbesondere der Bereich Bevölkerungsschutz betroffen. Trotz einiger Schwierigkeiten habe der Rettungsdienst uneingeschränkt aufrechterhalten werden können. Bei den Mitarbeitern seien erhebliche Überstunden angefallen.

Frau Heinz führt im Anschluss aus, dass das Straßenverkehrsamt von einem Rückgang des Kundenaufkommens besonders betroffen sei. Von regulär täglich 300 Kunden musste das Aufkommen auf eine minimale Kundenzahl reduziert werden. Es seien Maßnahmen getroffen worden, um in der Zulassungs- und Führerscheinstelle noch Kunden bedienen zu können. Die Außenstelle Langenfeld sei aufgrund der örtlichen Begebenheiten geschlossen worden.

Beispielsweise seien aktuell vor der Tür der Zulassungsstelle in Mettmann Markierungen und Hinweisschilder angebracht worden. Der Infobereich sei mit Plexiglasscheiben ergänzt worden. Die Ausgestaltung stellt Frau Heinz in einer PowerPoint-Präsentation dar (Anlage 2).

Vorwiegend seien Kunden aus systemrelevanten Berufen bedient worden. Waren darüber hinaus Termine frei, seien weitere Personen angenommen worden. Kunden, die aufgrund finanzieller Überlegungen Fahrzeuge abmelden wollten, sei eine postalische Möglichkeit eröffnet worden. Aufgrund der hohen Terminnachfrage liege die Wartezeit derzeit bei zwei bis drei Wochen. Die Höhe der Rückstände sei noch nicht absehbar.

Anschließend informiert Frau Geisler anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 3) über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Ausländeramt.

Herr Hermann führt aus, dass das Amt für Verbraucherschutz als systemrelevant qualifiziert worden sei. Um die Arbeitsfähigkeit des Amtes zu gewährleisten, seien die Mitarbeiter des Innendienstes in Gruppen aufgeteilt worden, so dass sich immer derselbe Personenkreis gleichzeitig in der Dienststelle aufhielt. Die Mitarbeitenden des Außendienstes seien nur bei zwingenden Notwendigkeiten in die Dienststelle gekommen. Da der Außendienst bereits seit 2016 mit Tablets bzw. Laptops arbeite, habe diese Regelung zu keinen Problemen geführt. Auch die Mitarbeiter des Innendienstes seien für die Arbeit im Homeoffice mit Laptops ausgestattet worden.

Soweit die Betriebe geöffnet waren, seien diese auch kontrolliert worden. Auch sei es möglich gewesen, Verbraucherbeschwerden einzureichen. Lediglich die Entnahme von Proben sei Anfang April eingestellt worden, da ein ordnungsgemäßer Ablauf, insbesondere im Hinblick auf die Dokumentation, nicht gewährleistet werden konnte. Anfang Mai sei die Entnahme von Proben wiederaufgenommen worden. Die Lebensmittelkontrolleure wurden mit ausreichend Schutzmasken und Desinfektionsmittel ausgestattet.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung mit Dank zur Kenntnis.